

Impfgeschädigte wollen mehr Unterstützung

Rund 150 Personen demonstrieren am Samstag für mehr Anerkennung und Hilfsangebote – Vielfältige Beschwerden

VON MARIANNE RUHNAU

Auf dem Rudolfplatz haben sich am Samstag bis zu 150 Menschen versammelt, um für mehr Anerkennung, Aufklärung und Hilfsangebote für Covid-19-Impfgeschädigte zu demonstrieren. Zuvor war die Versammlung als Demonstration zum vom Heumarkt über den Neumarkt gezogen. Für schwer Erkrankte, die nicht dabei sein konnten, wurde ein Livestream auf Instagram eingerichtet. Zu der Demonstration hatte die Post-Vac-Selbsthilfegruppe Köln aufgerufen.

Die Beschwerden, von denen Betroffene berichten, sind vielfältiger Art. Dazu gehört etwa das sogenannte Fatigue-Syndrom. Diese Symptomatik beschreibt auch Sa-

„Man läuft von Arzt zu Arzt und wird

nicht ernst genommen

Ina Berringer hat nach der Impfung anhaltende Symptome

scha Schwartz, der die Post-Vac-Selbsthilfegruppe für den Raum Köln ins Leben gerufen hat. Für einige Wochen sei er kurz nach seiner Impfung bettlägerig gewesen. Auch wenn es ihm mittlerweile besser gehe, könne er seither nicht mehr arbeiten.

Wie auch andere Betroffene, müsse er plötzlich mit einer stark eingeschränkten körperlichen Kraft und Energie das Leben meistern, so der 35-jährige. „Ich habe mich damals impfen lassen, weil ich solidarisch



Impfgeschädigte demonstrieren am Samstag für mehr Unterstützung.

Foto: Marianne Ruhнау

mir mehr Solidarität mit uns Impfgeschädigten, weil wir nach wie vor Hilfe brauchen.“ Insbesondere medizinische Betreuung, Therapieangebote und auch finanzielle Unterstützung seien nicht ausreichend vorhanden.

Die Bundesregierung und auch NRW-Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) kündigten bereits im Mai 2023 Hilfen für Impfgeschädigte an. „Bis heute gibt es aber keine konkrete Verbesserung der Situation“, sagt Schwartz. Es seien lediglich in jedem Bundesland Hilfe-Hotlines eingerichtet worden. Ohne konkrete medizinische und finanzielle Hilfe fühle man sich in der Community aber weiterhin allein gelassen. Therapie- und Diagnose-

selbst tragen. Die Aussichten auf Anerkennung und Entscheidung: gering. „Nach dreijährigen Kranksein, ist man auch einfach frustriert“, sagt Schwartz.

„Man läuft von Arzt zu Arzt und wird nicht ernst genommen“, berichtet eine weitere Betroffene, Ina Berringer, die nach einer Boosterimpfung anhaltende Symptome entwickelt hat. In der Uniklinik Marburg beschleunigte man ihr schließlich diese als unerwünschte Nebenwirkung der Impfung. Seither fordert sie mehr Forschung und Anerkennung für die Gruppe der Impfgeschädigten. Weil die Diskussion zu diesem Thema die Gesellschaft aber so sehr spalte, bekomme man nur wenig Gehör und Hilfe, so Ber-

„Wir haben sowohl auch bei Post-Vac Patienten bereits gesehen, dass wir durch entsprechnende Medikamente die Symptome verbessern können

Michael Kack, Facharzt für Angiologie und Innere Medizin

Problematisch sei dabei auch, dass bereits generiertes Wissen zu Behandlungsmöglichkeiten noch nicht die breite Ärzteschaft erreicht habe, sagt Dr. Michael Kack, Facharzt für Angiologie und Innere Medizin. Kack leidet eine gefäßmedizinische Praxis in Münster. Seit anderthalb Jahren kämen sowohl Post-Covid-Geschädigte als auch Post-Vac-Patienten mit gesundheitlichen Einschränkungen zu ihm. Die Mechanismen beider Erkrankungen seien ähnlich, häufig lägen Gefäßentzündungen und Gefäßregulationsstörungen bei Betroffenen vor.

„Wir haben sowohl bei Post-Covid als auch bei Post-Vac Patienten bereits gesehen, dass wir durch entsprechende Medikamente die Symptome verbessern können“, sagt Kack. Und: „Es ist wichtig, allen Pandemie-Geschädigten zu helfen und eine Gruppe nicht einfach zu ignorieren.“ Die Verantwortung dafür liege nicht nur bei Ärzten, sondern auch bei der Politik.

Laut dem aktuellen Sachstrandsbericht des Paul-Ehrlich-Instituts wurden bis zum April letzten Jahres 340 282 Verdachtsmeldungen für Nebenwirkungen nach einer Covid-19-Impfung registriert. Nach Angaben des Robert Koch-Instituts wurden im gleichen Zeitraum 192 208 062 Covid-19-Impfungen verabreicht.

Für das Rheinland prüft der Landtagsverband Rheinland (LVR) alle Anträge auf Entscheidung. Seit 2021 sind dort 1027 Anträge eingegangen, von denen bisher 56 Anträge anerkannt wurden. 294 wurden abgelehnt, 25 erledigten sich aus sonstigen Gründen. Aktuell liegt die durchschnittliche Bearbeitungs-